

„Der Libanon ist noch immer in einem tiefen Jammertal“

Nahost-Experte Stefan Maier sieht erste Hoffnungsschimmer durch die Schwächung der Hisbollah und des Iran **VON STEPHAN BAIER**

Mit der Explosion im Hafen von Beirut 2020, dem Verfall der Währung, dem Anstieg der Arbeitslosigkeit und dem Zusammenbruch der Wirtschaft galt der Libanon als gescheiterter Staat. Jetzt konnte nach langem Zank ein Präsident gewählt und ein Regierungschef berufen werden. Sind das Hoffnungszeichen?

Ja, es gibt einen Hoffnungsschimmer. Ein Projektpartner sagte mir: „Wir waren im tiefsten Teil der Hölle. Jetzt kann es nur besser werden.“ In den neuen Präsidenten setzen viele Menschen große Hoffnungen. Nach all den Blockaden und Querschüssen war es endlich möglich, einen Präsidenten zu wählen. Das ist auch eine Folge der Tatsache, dass durch den Krieg mit Israel die Hisbollah und der Iran keine dominante Rolle mehr spielen. Auch wenn die Hisbollah jetzt – ähnlich der Hamas im Gazastreifen – versucht, sich als Sieger darzustellen,

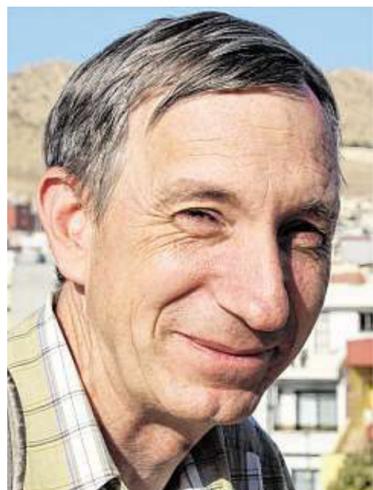
besteht doch die Hoffnung, dass sie im Libanon nicht länger einen Staat im Staat bildet, der nach Gutdünken alles blockieren oder lahmlegen kann. Jetzt können hoffentlich gemäßigte Kräfte die Oberhand gewinnen.

800 Tage lang scheiterten insgesamt zwölf Versuche der Wahl eines Präsidenten, bis Generalstabschef Joseph Aoun 99 von 128 Stimmen im Parlament auf sich vereinte. Wie ist das gelungen?

Der Präsident muss laut ungeschriebener Verfassung immer ein maronitischer Christ sein, der Regierungschef ein Sunnit und der Parlamentspräsident ein Schiit. Nun ist der bisherige Armeechef, Joseph Aoun, Präsident geworden. Die Bevölkerung hält ihn für eine integre Person, die nicht der korrupten politischen Kaste angehört, denn die Armee ist im Libanon das einzige konfessionsübergreifende, verbindende und stabilisierende Element. Das Vertrauen der Libanesen in staatliche Behörden war nie ausgeprägt, aber nach den Ereignissen der vergangenen Jahre auf einem Tiefpunkt. Jetzt kommt es darauf an, dass eine Regierung aus kompetenten Technokraten gebildet wird, nicht aus Angehörigen der korrupten politischen Kaste.

Wenn die Schwächung der Hisbollah und der schwindende Einfluss des Iran Vorbedingungen der Präsidenten-Wahl waren, hatte dann der Krieg Israels gegen die Hisbollah doch einen Nutzen?

Neben allem Elend und Leid hat der Krieg auch eine Schwächung der Hisbollah bewirkt. Zuvor war die Hisbollah kampfkraftiger als die libanesische Armee und erhob die Waffen im Jahr 2008 auch schon einmal gegen die eigenen Mitbürger. Ihr ging es immer um die Macht im Staat und um ihre eigenen Interessen.



Stefan Maier ist Projektkoordinator der „Initiative Christlicher Orient“ (ICO) mit Sitz in Linz. Foto: Baier



Eindringlich hatte der maronitische Patriarch Rai (rechts) eine Präsidentenwahl angemahnt. Der neue Präsident Joseph Aoun, selbst maronitischer Christ, besuchte den Patriarchen in dessen Residenz in Bkerke. Foto: Imago/APAimages

Der Iran wurde geschwächt durch die Niederlage der Hisbollah und durch den Sturz des Assad-Regimes in Syrien. Hat Teheran damit jeden Einfluss auf den Libanon verloren?

Im Moment ist der Einfluss des Iran so geschwächt, dass die gemäßigten Kräfte das Land hoffentlich ungestört voranbringen können. Dass die Einflüsse aus Teheran und Damaskus jetzt weitgehend wegfallen, ist für den Libanon jedenfalls positiv.

Wie werden sich die Libanesen mit dem neuen Regime im Nachbarland Syrien arrangieren?

Zumindest gibt es keine dominante Position der Syrer mehr. Lange mussten ja libanesische Politiker innenpolitische Fragen in Damaskus zur Entscheidung vorlegen. Ein großes Thema wird die Zahl der syrischen Flüchtlinge im Libanon sein. Der Libanon ist das Land, das, gemessen an der eigenen Einwohnerzahl, die meisten ausländischen Flüchtlinge aufgenommen hat. Das war und ist eine enorme Herausforderung für das

Land! Seit der Libanon selbst in die Krise geriet, wuchsen die Spannungen. Viele meinen, man solle die syrischen Flüchtlinge endlich zurückschicken. Aber auch die Lage in Syrien ist verheerend, deshalb ist das ein längerfristiger Prozess. Nach dem Sturz des Assad-Regimes könnten vor allem die Sunniten zurückkehren. Das würde den Druck, dem der Libanon ausgesetzt ist, ein wenig verringern.

Auf welche außenpolitischen Beziehungen kann die neue libanesische Führung zählen?

Der Libanon war stets ein Spielball konkurrierender Mächte: Der Iran übte über die Schiiten seinen Einfluss aus, die arabischen Staaten um Saudi-Arabien über die Sunniten. Jetzt ist das Land auf die rasche Unterstützung seiner arabischen Bruderstaaten, auf Saudi-Arabien und die Golfstaaten, angewiesen. Die haben sich bisher zurückgehalten, weil der Libanon durch die Dominanz der Hisbollah als Teil der schiitischen „Achse des Widerstands“ wahrgenommen

wurde. Auch wollte man der korrupten libanesischen Politiker-Kaste kein Geld anvertrauen. Diese Sorgen sind jetzt weitgehend weggefallen.

Der französische Präsident Macron hat in Beirut eine internationale Konferenz für den Wiederaufbau des Libanon angekündigt. Was ist da zu erhoffen?

Frankreich sieht sich als Schutzmacht des Libanon, vor allem der maronitischen Christen, weil der Völkerbund nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reichs das Gebiet von Syrien und Libanon als Mandat an Frankreich übertrug. Damals wurde der Libanon als Heimstatt der Christen aus Großsyrien herausgelöst. 1943 nutzte er die Schwäche Frankreichs, um sich unabhängig zu erklären. Es gibt also eine enge Verbundenheit. Dennoch mache ich mir keine großen Hoffnungen, dass Europa etwas bewegen wird. Man ist hier auf die Ukraine fokussiert und hat eigene wirtschaftliche Probleme. Da ist der Libanon eine Baustelle unter vielen.

Lässt die Sehnsucht der Libanesen nach Emigration nun nach?

Nein, die ist ungebrochen. Ich weiß von unseren Projektpartnern, dass alle sagen, sie würden emigrieren, sobald sich die Möglichkeit dazu bietet. Der Libanon ist noch immer in einem tiefen Jammertal. Auch wenn man bei uns nichts darüber liest: Es gibt noch immer täglich Angriffe der israelischen Armee im Südlibanon. 28 Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht. Auf einer Online-Plattform, wo sich Menschen registrieren können, deren Häuser durch die Kämpfe beschädigt oder zerstört wurden, haben sich 172 000 Familien eingetragen. Nach all den Jahren der Krisen und Kriege ist nachvollziehbar, dass viele Menschen resigniert haben und gehen wollen.

Wo der Hungertod zum Alltag wurde

Die humanitäre Katastrophe im Sudan wird von außen angeheizt – Getötet wird auch nach ethnischen Kriterien **VON CARL-HEINZ PIERK**

Millionen Geflüchtete, unterernährte Menschen: Die innenpolitische und wirtschaftliche Lage im Sudan hat sich seit Beginn der bewaffneten Auseinandersetzungen im April 2023 zwischen dem sudanesischen Militär und den paramilitärischen Milizen drastisch verschärft. Laut Angaben der Vereinten Nationen überqueren täglich Tausende Menschen die Grenzen auf der Suche nach Schutz und Sicherheit. 1,8 Millionen Menschen sind seit Beginn des Konflikts in Nachbarländer wie Tschad, Südsudan und Ägypten geflohen. Davon sind ungefähr die Hälfte Kinder. Innerhalb des Sudans sind mehr als 6,6 Millionen auf der Flucht. Die Gewalt richtet sich besonders gegen ethnische Gruppen wie die Masalit in der Region Darfur im Westen des Sudan. Vergewaltigung und Versklavung von Frauen und Kindern wird als Waffe in diesem Krieg gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt.

Laut dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen sind 18 Millionen Menschen von akutem Hunger betroffen. Zusätzlich haben die heftigen Kämpfe negative Auswirkungen auf die Produktion in der Landwirtschaft und auf den Zugang zu Nahrungsmitteln. In Städten wie Khartum, einst das wirtschaftliche Herz des Landes, ist der Hungertod zur Realität geworden. Trotz des dringenden Bedarfs blockieren beide Konfliktparteien weiterhin den Zugang zu Hilfsgütern.

Die Konfliktparteien sind die sudanesischen Streitkräfte (SAF) unter General Abdel Fattah al-Burhan und die paramilitärischen Kräfte (RSF) unter General Mohamed Hamdan Daglo, bekannt als „Hemeti“. Diese sind Nachfolgekräfte der berüchtigten Janjaweed, einer bewaffneten Miliz, die während des Genozids in Darfur vor 20 Jahren Verbrechen gegen die Menschlichkeit verübte. Wenige Tage vor Trumps Amtsantritt hatten die USA der RSF-Miliz „Völkermord“ vorgeworfen und Sanktionen

gegen den Anführer Mohamed Hamdan Daglo verhängt. Der Machtkampf zwischen Regierung und Rebellen eskaliert jetzt. Die Armee hat die Stadt Wad Madani von der Miliz RSF zurückerobert. Von einer Befreiung ist die Rede. Ein Jahr lang hatte der Kriegsgegner, die hochgerüstete RSF-Miliz, die Stadt unter ihrer Kontrolle. Wad Madani mit etwa 150 000 Einwohnern ist strategisch bedeutend. Die Stadt im Bundesstaat Jazira liegt etwa 150 Kilometer südwestlich von Khartum entfernt. Die Hauptstadt ist

noch in den Händen der RSF. Ein erneuter Kampf um die Hauptstadt steht bevor.

Je länger dieser Konflikt im drittgrößten Flächenstaat Afrikas dauert, desto mehr Gruppen mischen mit. Ausländische Akteure unterstützen die Konfliktparteien: Ägypten steht aufseiten der SAF, während die arabischen Golfstaaten aktuell die RSF unterstützen, um ihre politischen und ökonomischen Interessen zu verfolgen. Beide Konfliktparteien waren Stützen der Langzeitdiktatur von Omar al-Bashir. Die Hoffnung auf Frieden und einen Übergang des rohstoffreichen Landes zu einer demokratischen Gesellschaft, die mit der Revolution 2018/19 und dem Sturz des Diktators Al-Bashir aufkeimte, wurde durch den Krieg zunichte gemacht.

Die Situation verschärft sich durch die Angriffe der islamistischen Huthi-Miliz auf zivile Frachtschiffe im Roten Meer, die den Transport von Hilfsgütern nach Port Sudan beeinträchtigen. Angeblich verhandelt Moskau über den Bau eines Marinestützpunkts in oder in der Nähe von Port Sudan. Russland steht neben Ägypten, Saudi-Arabien und dem Iran hinter den SAF und General al-Burhan. Zusätzlich gibt es Befürchtungen, dass der Krieg im Sudan angesichts der Beteiligung ausländischer Akteure und regionaler bewaffneter Gruppen, etwa aus dem Südsudan und dem Tschad, zu einem regionalen Konflikt eskalieren könnte.

Für den Südsudan stellt der Krieg im Sudan eine Herausforderung dar. Allein die wirtschaftliche Abhängigkeit verlangt eine schnelle Beilegung des Konflikts. Die Republik Südsudan wurde 2011 gegründet, nachdem die Bevölkerung für die Unabhängigkeit vom Sudan gestimmt hatte. Tragische Erinnerung bleibt der Mord an südsudanesischen Flüchtlingen im Sudan. Vergeltungsangriffe gegen Sudanesen waren die Folge. Berichten zufolge wurden bei dem Gewaltausbruch im Südsudan 16 Sudanesen getötet und viele Menschen verletzt, als Sicherheitskräfte gegen Macheten und Keulen schwingende Jugendliche einschritten. Auslöser der Gewalt war nach Angaben von „Vatican News“ die Verbreitung eines Videos, auf dem Soldaten der sudanesischen Streitkräfte zu sehen sind, die angeblich südsudanesische Zivilisten in Wad Madani im Zentralsudan, töten. Berichten zufolge wurden mindestens 29 südsudanesische Zivilisten während der Kämpfe um die Einnahme der Stadt getötet. BBC berichtete, die Tötungen erfolgten nach ethnischen Gesichtspunkten. Auch Kinder seien unter den Opfern gewesen. Laut Kardinal Stephen Ameyu Martin Mulla, Vorsitzender der Bischofskonferenz des Sudan und des Südsudan, seien „Schmerz und Wut“ über die Ereignisse verständlich, doch bitte er inständig, „sich nicht an den Flüchtlingen in unserem Land zu rächen“.



Die Not ist groß im Sudan, das Trinkwasser knapp.

Foto: Imago/Zhang Meng